

# Niedersächsischer Landtag

## Stenografischer Bericht

### 73. Sitzung

Hannover, den 9. Juni 2010

Auszug aus dem stenografischen Bericht:

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 17 auf:

Besprechung: Cannabispolitik in Niedersachsen - Große An-frage der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/1717 - Antwort der Landesregierung - Drs. 16/2396

Nach § 45 Abs. 5 unserer Geschäftsordnung wird zu Beginn der Besprechung einer der Fragesteller-rinnen oder einem der Fragesteller das Wort erteilt. Alsdann erhält es die Landesregierung.

Von der Fraktion, die die Anfrage gestellt hat, liegt die Wortmeldung von Herrn Abgeordneten Perli vor. Herr Perli, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Victor Perli (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ein guter Brauch, der Beratung einer Großen An-frage einen Dank voranzustellen. Ich bedanke mich deshalb bei den Mitgliedern der Linksjugend [solid] Niedersachsen für die gemeinsame Erarbeitung und Auswertung dieser Anfrage. Ich bedanke mich ebenfalls bei den zuständigen Mitarbeitern der Landesverwaltung für die Beantwortung und das Zusammentragen der Statistiken, auch wenn nicht wenige Fragen unbeantwortet geblieben sind. Sie haben damit einen wichtigen Beitrag zur Belebung der Debatte um Cannabis geleistet.

(Beifall bei der LINKEN)

Cannabis ist die wissenschaftliche Bezeichnung für die Hanfpflanze, eine der ältesten und wichtigsten Kulturpflanzen der Welt, die auch als Faser und Heilgewächs Verwendung findet. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit der Großen Anfrage die Debatte zum politischen und rechtlichen Umgang mit Ha-schisch und Marihuana, das aus der weiblichen Hanfpflanze gewonnen wird, neu beleben. Es geht hierbei nicht um eine Verherrlichung oder Ver-harmlosung von Cannabis. Der Konsum ist nicht harmlos. Ich betone das ausdrücklich. Ein Beleg für den Ernst unseres Ansinnens ist auch der Um-fang des Fragenkatalogs.

Es ist notwendig, die gesundheits- und suchtpoliti-schen Maßnahmen gegen problematische Kon-summuster bei allen Drogen zu intensivieren. Das gilt für Cannabis, Alkohol, Tabak und zahlreiche andere Rauschmittel.

(Beifall bei der LINKEN)

Ohne Zweifel ist es zu begrüßen, wenn Menschen den Konsum dieser Substanzen einstellen oder gar nicht erst damit anfangen. Die Verbreitung von Suchtmitteln so niedrig wie möglich zu halten, ist ein vernünftiges gesellschaftspolitisches Ziel.

Es ist aber realitätsfremd zu glauben, dass es je-mals eine Welt völlig ohne Rauschmittel geben wird. Es hat Rauschmittel immer gegeben. Uns geht es nicht um Drogenverherrlichung, sondern um Aufklärung, Prävention, staatliche Aufsicht und Kontrolle, um ein Höchstmaß an Jugend- und Verbraucherschutz und darum, die Organisierte Kriminalität nachhaltig zu bekämpfen.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Die Frage, über die wir hier streiten, ist, ob ein Verbot zum Erreichen dieser Ziele sachdienlich ist. Auch wenn sich die Landesregierung windet, so unterstreicht ihre Antwort doch das, was sich in der Fachwelt längst als Mehrheitsmeinung durchgesetzt hat: Die Cannabisprohibition ist genauso gescheitert wie die Alkoholprohibition in den USA und in vielen anderen Ländern.

(Beifall bei der LINKEN)

Unzählige wissenschaftliche Studien belegen das. Ärzte, Kriminologen, Polizeipräsidenten, Polizei-gewerkschafter, ehemalige Gesundheitsministerin-nen und -minister und EU-Kommissare - sie alle fordern eine Kehrtwende in der Cannabispolitik. Der Economist widmete diesem Thema vor wenigen Monaten eine Titelstory. „Die Prohibition hat versagt - Legalisierung ist das kleinere Übel“ lautete der Unterzeile des Artikels mit dem Titel „How to stop the drug wars“.

Schauen wir uns die Ergebnisse der Verbotspolitik in Niedersachsen und auch in Deutschland an. Jeder vierte Deutsche hat bereits Cannabis konsumiert. Bei den 15- bis 24-Jährigen sind es sogar 39 %. Damit sind wir auf Platz vier in Europa und rangieren übrigens weit vor den liberalen Niederlanden. Es gibt bundesweit, geschätzt, 3 Millionen Konsumenten pro Jahr. Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht spricht in einer aktuellen Studie von Konsumraten - ich zitiere - auf historisch hohem Niveau trotz der jahr-zehntelangen Verbotspolitik. Allein in Niedersachsen werden jährlich zwischen 500 und 1 300 kg mit einem Schwarzmarktwert von rund acht Millionen Euro beschlagnahmt. 130 000 Strafverfahren wurden im letzten Jahr bundesweit eingeleitet. Rund 78 % davon richteten sich gegen einfache Konsumenten, die nichts mit Handel, mit Schmuggel oder mit Anbau zu tun hatten. In Niedersachsen standen vor zehn Jahren gut fünf von zehn Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz in einem Zusammenhang mit Cannabis. Heute sind es sieben von zehn. Im selben Zeitraum, also in den letzten zehn Jahren, sind in Niedersachsen über 155 000 Straftaten im Zusammenhang mit Cannabis registriert worden. Auch hier trifft es vor allem einfache Konsumenten. Die Tendenz steigt. Das betrifft übrigens vor allem Erwachsene. Bei Minderjährigen ist die Zahl zum Glück rückläufig. Die beliebte Behauptung, dass bei der Verfolgung von Cannabisdelikten vor allem die großen Fische im Visier des Staates seien, ist nachweislich falsch.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Immense Personal- und Zeitressourcen bei Polizei und Justiz werden durch die Masse der Verfahren gebunden. Viele der arbeitenden Beamten sind frustriert, weil sie selbst bei kleinsten Mengen ein Verfahren einleiten müssen, das nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1994 mit großer Wahrscheinlichkeit ohnehin eingestellt werden muss. Diese Politik verhindert, dass sich unzählige Polizisten und Staatsanwälte voll den echten Straftätern in diesem Lande widmen können.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

Bereits 1992 empfahl eine vom Niedersächsischen Justizministerium eingesetzte Kommission zur Reform des Strafrechts, die von dem Kriminologen Peter-Alexis Albrecht geleitet wurde, die Entkriminalisierung von Cannabisprodukten. Passiert ist seitdem gar nichts. Warum eigentlich nicht?

Schauen wir uns die Argumente der Landesregierung an. Die Kernaussage lautet - ich zitiere -:

„Cannabis ist eine gefährliche Droge, die große gesundheitliche Gefahren birgt.“

Nun stellt sich die Frage, durch welche Fakten diese Aussage untermauert wird und wie auf dieser Basis eine Unterscheidung gegenüber anderen legalen und illegalen Drogen möglich wird. An Letzterem hapert es ganz gewaltig. Schauen wir uns die Zahl der Krankheits- und Todesfälle durch legale und illegale Drogen an. Das

Statistische Bundesamt wies am 23. Juni 2009 darauf hin, dass wesentlich mehr Krankheits- und Todesfälle durch legale Drogen als durch illegale Drogen zu verzeichnen sind. Demnach wurden im Jahr 2007 knapp 532 000 Patienten infolge des Konsums von legalen Drogen wie Alkohol und Tabak behandelt, während es bei den illegalen Drogen rund 80 000 Patienten gewesen seien. An legalen Drogen sind 58 000 Menschen gestorben, an illegalen Drogen 1 375 Menschen. Dabei ist im Übrigen nicht eine Person am Konsum von Cannabis gestorben.

Bei den Suchtberatungsstellen in Niedersachsen sind 40 % aller Klienten wegen Alkoholmissbrauchs in Behandlung. Cannabis hat einen Anteil von 12 bis 13 %. Niemand kommt aufgrund all dieser Zahlen und vor allem des hoch problematischen Alkoholmissbrauchs bei jungen Menschen, bei Jugendlichen auf die Idee, Alkohol zu verbieten. Gleiches gilt für den Tabakkonsum, obwohl bekannt ist, dass Raucher im Schnitt 15 Jahre früher sterben als Nichtraucher. Doch Cannabis bleibt verboten, obwohl die bereits erwähnte Euro-päische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht darauf hinweist, dass weniger als 10 % der Konsumenten überhaupt zu Risikokonsumern werden. Selbst die Landesregierung gibt auf Seite 12 der Antwort auf die Große Anfrage zu - ich zitiere -:

„Die Intensität der Abhängigkeit wird als geringer als bei einer Reihe anderer Suchtmittel eingeschätzt.“

Ein weiteres beliebtes Argument ist, dass sich die Wirksamkeit der Cannabisprodukte in den letzten Jahrzehnten stark weiterentwickelt und dadurch die Gefahr zugenommen habe. Der Jahresbericht 2009 zum Stand der Drogenproblematik in Europa weist darauf hin, dass es für diese Behauptung keine Belege gibt. Ich zitiere:

„In den meisten der 16 europäischen Länder ... blieb die durchschnittliche Stärke von Cannabis harz und Cannabisblüten im Zeitraum 2002 bis 2007 stabil oder ging zurück.“

Im Übrigen spricht auch das Argument der unterschiedlichen Stärke dafür, dass der Staat den kontrollierten Verkauf zulässt und dafür sorgt, dass es wie beim Alkohol Verbraucherhinweise über den Wirkungsgehalt gibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ein weiteres beliebtes Argument ist die Behauptung, dass eine Entkriminalisierung dazu führen würde, dass der Konsum im ganzen Lande drastisch ansteigen würde. Die Landesregierung behauptet sogar, dass ein Erfolg der Verbotspolitik die eingeschränkte Verfügbarkeit sei.

(Zustimmung von Ansgar-Bernhard Focke [CDU] - Glocke des Präsidenten)

Auch diese Behauptung lässt sich wissenschaftlich nicht belegen. In den Niederlanden, wo seit über 30 Jahren der Verkauf in den sogenannten Coffeeshops an Volljährige toleriert wird, konsumieren deutlich weniger Jugendliche und Erwachsene Cannabis als in Deutschland.

(Wolfgang Wulf [SPD]: Das ist erstaunlich!)

Laut europäischer Beobachtungsstelle haben in Deutschland 7,6 % aller 15- bis 24-Jährigen im letzten Monat Cannabis konsumiert, während es in Holland nur 5,3 % gewesen sind.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Der Reiz des Verbotenen!)

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Schweizer Parlaments drückt dies wie folgt aus:

„Die verbreitete Vermutung einer ins Gewicht fallenden generalpräventiven Wirkung der Konsumstrafbarkeit kann nicht nachgewiesen werden und scheint auch wenig plausibel.“

Zwischen der Verbreitung/Häufigkeit des Drogenkonsums und der strafrechtlichen Verfolgungs- und Sanktionspraxis bestehe kein signifikanter Zusammenhang. Dafür

gibt es jedoch Folgewirkungen des Verbotes, die nicht zu verantworten sind und denen wir uns stellen müssen.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn der Staat keinen Einfluss nimmt, kommen gestreckte Substanzen in Umlauf. Vom großen Handel profitiert vor allem die organisierte Kriminalität, die zum Teil auch die sogenannten harten Drogen anbietet. Um all diese Probleme zu lösen und junge Leute aufzuklären, muss Hanf dem Schwarzmarkt entzogen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Da ist es wie beim Alkoholverbot in den USA, - - -

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, die rote Lampe zeigt an, dass die Redezeit abgelaufen ist. Kommen Sie bitte zum Schluss!

Victor Perli (LINKE):

- - - bei dem nicht der Konsum bekämpft worden ist, sondern giftiger Alkohol aus Schwarzbrennereien in Umlauf gekommen ist.

Herr Präsident, ich komme zum letzten Satz. - Sie sehen, es gibt keine sinnvolle Begründung für die Verbotspolitik. Der Verkauf an Volljährige sollte staatlich reguliert und besteuert werden, damit wir das Geld endlich in bessere Aufklärung und Prävention investieren können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD und Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, für die Landesregierung erteile ich nun Frau Ministerin Özkan das Wort. Bitte schön!

Aygül Özkan, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um es auf den Punkt zu bringen: Die Große Anfrage zielt letztendlich darauf ab, Cannabiskonsum über einen geregelten Markt zu legalisieren. Das ist der falsche Weg. Wir als Landesregierung lehnen dies ab.

(Beifall bei der CDU)

Cannabis ist international und in Deutschland nach wie vor die mit Abstand am häufigsten konsumierte illegale Droge. Sie schädigt die Lunge und kann krebserregend sein.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Und was ist mit Tabak?)

Die gesundheitlichen Risiken des Cannabiskonsums sind wesentlich höher, als noch in den 90er-Jahren angenommen.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Frau Ministerin, entschuldigen Sie die Unterbrechung. - Meine Damen und Herren, wenn Sie das Thema nicht interessiert, dann können Sie den Plenarsaal verlassen.

Frau Ministerin, bitte!

Aygül Özkan, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration:

Der aktuelle Forschungsstand bestätigt, dass Cannabis Abhängigkeit erzeugen kann, dass insbesondere bei Jugendlichen stärkerer Cannabiskonsum negative Auswirkungen auf die Persönlichkeitsentwicklung sowie auf schulische und berufliche Leistungen haben kann und dass ein früher und regelmäßiger Gebrauch von Cannabis das Risiko für den späteren Konsum von anderen, härteren illegalen Drogen erhöht. Durch eine Legalisierung von Cannabis würden wir diese Forschungserkenntnisse missachten und eine Gefährdung junger Menschen in Kauf nehmen. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir wollen doch bei der Diskussion um Cannabis nicht allen Ernstes drei Schritte hinter die Erkenntnis zurückgehen, dass Rauchen gesundheitsschädigend ist.

(Hans-Henning Adler [LINKE]: Dann verbieten wir das auch!)

Dass die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die mindestens einmal im Leben oder mindestens einmal im Jahr Cannabis konsumieren, seit 2004 deutlich zurückgegangen ist, ist ermutigend und zeigt, dass unsere Präventionskonzepte wirken und greifen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Information und Prävention, Beratung und Betreuung, Therapie und Nachsorge gehören zu unseren Hilfsangeboten und sind neben Verboten und Repressionen die Schwerpunkte der Landesregierung in der Drogen- und Suchtpolitik. Sie werden mit einer Fülle von Maßnahmen umgesetzt.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Perli?

Aygül Özkan, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration:

Ich würde sagen, das kann ja nachher kommen, wenn ich fertig bin.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Hängen wir noch eine Fragestunde hinten dran?)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hält angesichts der Risiken durch das Führen von Kraftfahrzeugen nach Drogenkonsum und den damit verbundenen Gefahren für Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer repressive Maßnahmen für unabdingbar. Insofern ist dies auch ein Teil unserer Präventionsmaßnahmen. Daher erfolgen intensive Drogenkontrollen im Straßenverkehr. Das ist auch gut so; denn wir müssen da Vorkehrungen treffen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dieses Mehr an Kontrolle korrespondiert in bestimmten Fällen mit einer effizienteren Strafverfolgung. So ist es in Niedersachsen längst Praxis, dass bei Besitz einer Bruttomenge von bis zu sechs Gramm an Cannabis für den Eigenkonsum von der Strafverfolgung abgesehen werden kann, selbstverständlich unter Berücksichtigung des Einzelfalls. Insofern ist es nicht ganz richtig, dass nur die kleinen Fälle verfolgt werden.

Mein Fazit: Aus gesundheitlicher Sicht ist eine Legalisierung des Cannabiskonsums, d. h. eine kontrollierte Abgabe, wegen der deutlichen gesundheitlichen Risiken nicht vertretbar.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es muss bei der jetzigen Rechtslage bleiben. Im Einzelnen verweise ich auf die Antworten in der umfassenden Beantwortung der Großen Anfrage.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - **Das Wort hat jetzt Frau Tiemann für die SPD-Fraktion.**

**(Johanne Modder [SPD]: Jetzt kommt mal ein Fachbeitrag!)**

**Petra Tiemann (SPD):**

**Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Streit um die Gefährlichkeit von Cannabis ist so alt wie die Popkultur. Viele Fragen in der Großen Anfrage der Linksfraktion zur Cannabispolitik in Niedersachsen zielen ganz eindeutig auf diesen Streit hin. Das hat Herr Perli eben auch ganz gut zum Ausdruck gebracht.**

**Bevor ich auf die Große Anfrage und die Antwort eingehe, möchte ich mich für die Arbeit, die zur Beantwortung nötig war, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums bedanken.**

**(Beifall)**

Zu Beginn muss ich allerdings noch ein paar Bemerkungen zu der Anfrage machen. Kritisch anzumerken ist, dass die wissenschaftliche Untersuchung von Professor Kleiber aus den 90er-Jahren, die Sie an den Anfang Ihrer Anfrage gestellt haben und auf die viele Anfragen hinzielen, inzwischen 9217 Niedersächsischer Landtag - 16. Wahlperiode - 73. Plenarsitzung am 9. Juni 2010

von anderen, neueren wissenschaftlichen Erkenntnissen überholt worden ist. (Christian Dürr [FDP]: Aha!)

Ebenso kritisch sehe ich die Frage nach einer Schätzung im gesamten Fragenkomplex I. Abschätzungen geben einer großen Interpretationsbreite Platz. Das finde ich gerade bei diesem Thema insgesamt gesehen sehr schwierig.

Positiv an dieser Anfrage ist der Fragenkomplex nach der medizinischen Wirkung einzelner Substanzen dieser Pflanze. Genauso positiv finde ich die Fragestellungen nach den ausreichenden und flächendeckenden Angeboten zur Sucht- und Drogenberatung in Niedersachsen.

Aber lassen Sie mich jetzt einen Blick auf die Beantwortung durch das Ministerium werfen.

Zum Fragenkomplex I, der auf den Cannabiskonsum abzielt. Die Antworten belegen: Cannabis ist und war eine Einstiegsdroge für zahlreiche Drogenkarrieren. Die gesundheitsschädigende Wirkung ist unumstritten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich hätte mir allerdings bei der Beantwortung in der tabellarischen Darstellung gewünscht, einen Ländervergleich zu sehen, statt ausschließlich den Vergleich mit der Bundesebene.

Zum zweiten Fragenkomplex, der die Präventionsbemühungen in Niedersachsen thematisiert, ist Folgendes zu bemerken: Neben der Aufzählung von Projekten und Institutionen, die sich mit diesem Thema beschäftigen, fehlen leider ein paar Antworten auf sehr wichtige Fragen.

Erstens. Es gibt keine einheitlichen Leitlinien für die Abstimmung der einzelnen Träger.

Zweitens. Es gibt keine Antworten auf die Frage nach den Konsequenzen der Forderung des Landes kriminalamt Niedersachsen. Das Landeskriminalamt hat nämlich in seinem Jahresbericht Rauschgift geschrieben - ich zitiere -: Wir sehen es als dringliche Maßnahme an, die präventiven Maßnahmen ausdrücklich zu intensivieren.

Drittens. Keine Aufklärung gab es auch über die Planung weiterer Präventionsangebote bzw. darüber, ob Projekte, die nur noch bis Ende 2010 laufen, überhaupt verlängert werden. Antworten auf diese Fragen kann es bei der derzeit herrschenden Drogen- und Suchtpolitik auch nicht geben.

Meine Damen und Herren, nun zu Fragenkomplex III. In diesem Komplex zielen die Fragen auf die Suchthilfe, den Verbraucherschutz und die medizinische Nutzung von Cannabis ab.

Cannabiskonsum wird oft verharmlost. Aber in den Antworten auf die Fragen dieses Komplexes wird doch deutlich, dass der Anteil der Menschen, die in Suchtberatungsstellen ambulant behandelt werden, bei Cannabis der zweithöchste ist. Eine solche Statistik, Herr Perli, kann man nämlich auch andersherum lesen.

(Victor Perli [LINKE]: Durch die Ungleichbehandlung von Alkohol und Cannabis!)

Gut wäre an dieser Stelle im Übrigen auch der Bezug zu anderen Rauschgiften gewesen.

Dass Cannabis eine suchtfördernde und eine gesundheitsschädliche Droge ist, ist - darauf habe ich eben schon hingewiesen - wissenschaftlich erwiesen. Interessant war auch die Antwort auf die Frage nach den Wartezeiten für gesetzlich Versicherte bezüglich einer Entziehungsmaßnahme bei Cannabis-, bei Alkohol-, bei Spielsucht und bei Tablettenabhängigkeit. Eine wirkliche Antwort ist da allerdings nicht erfolgt. Hier liegt wirklich die Vermutung nahe, dass es hier große Defizite gibt, die die Landesregierung aber nicht angehen will. Denn wenn man sich bei den stationären Einrichtungen erkundigt - und das habe ich -, zeigt sich deutlich, dass zu wenig Plätze vorhanden sind und die Wartezeiten oft Monate lang sind. Das, meine Damen und Herren, ist ein unhaltbarer Zustand.

(Beifall bei der SPD)

Die weiteren Fragenkomplexe befassen sich u. a. mit Straftaten im Zusammenhang mit Cannabis und mit dem Thema „Cannabis im Straßenverkehr“. Deutlich wurde hierbei das stetige Ansteigen der Zahl der Straftaten, vor allem der allgemeinen Verstöße mit Cannabis, u. a. im Zusammenhang mit dem Führen eines Fahrzeugs. Das deckt sich im Übrigen mit der Erkenntnis, dass Cannabis sich in den letzten sieben Jahren wieder zu einer sogenannten Modedroge entwickelt hat.

Zusammenfassend kann und muss man sagen: Cannabis war und ist eine gefährliche Droge.

(Norbert Böhlke [CDU]: So ist es!)

Ihre Wirkung zu verharmlosen oder sogar ihren Missbrauch als Kavaliersdelikt zu vernachlässigen, ist einfach falsch.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in regelmäßigen Abständen kommt das Thema „Freigabe von Cannabis“ auf das Diskussionstableau. Über die Verwendung von Cannabis und seinen Inhaltsstoffen in der Medizin kann und sollte man wirklich diskutieren - und auch weiter forschen -, über eine Freigabe von Cannabis allerdings nicht.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Die Antworten des Ministeriums im Bereich Sucht- und Drogenpolitik waren sehr aufschlussreich, zeigten sie doch deutlich, in welchem Zustand die Sucht- und Drogenpolitik in diesem Land ist. Es gibt viele Akteure. An sich macht keiner etwas falsch. Aber es gibt kaum Vernetzungen, und es gibt keine oder nur wenige Verknüpfungen. Das Ganze stellt sich als unüberschaubares Durcheinander dar. Viele gute Initiativen laufen unverbunden nebeneinander her. Dieses Durcheinander zu entwirren und vernünftig durchzuorganisieren, ist zentrale Aufgabe des Landes. Die Sucht- und Drogenpolitik braucht in Niedersachsen einen hohen Stellenwert. Meine Damen und Herren, kommen Sie dieser Aufgabe nach!

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, zu einer Kurzintervention hat sich der Kollege Perli gemeldet. Bitte schön!

Victor Perli (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das war jetzt eine Rede von vorgestern.

(Beifall bei der LINKEN)

Das große Problem an dieser Debatte ist, dass sie oft ohne Kompetenz geführt wird. Das muss ich einmal in dieser Deutlichkeit sagen.

(Lachen und Widerspruch bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

Das gilt für die Rede der Ministerin genauso wie für die Rede der SPD-Kollegin.

(Ansgar-Bernhard Focke [CDU]: Wir haben vielleicht nicht so viel Erfahrung wie Sie!  
- Weitere Zurufe von der CDU)

- Ich komme jetzt zur Sache. Bleiben Sie ganz ruhig!

Sie haben hier die Kleiber-Studie kritisiert, die schon von der Ministerin schlechtgeredet wurde. Ich will darauf hinweisen, dass Herr Kleiber in der medizinischen Szene hoch anerkannt ist. Seine im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums angefertigte Studie von 1994/95 war dem Ministerium zu schwierig, zu problematisch in ihrer Aussage. Deshalb hat es ohne Ausschreibung eine neue Studie bei Herrn Thomasius in Auftrag gegeben.

Herr Thomasius ist in dieser Szene sehr umstritten. Ich zitiere einmal, was man über ihn sagt:

„Professor Thomasius wirbt“

- das sagt der Arzt Franjo Grotenhermen -

„durch eine Skandalisierung der The-matik auch erfolgreich um Geldmittel. Wie sich erneut bewahrheitet, stellt die mediale Dramatisierung in der heutigen Zeit durchaus ein Erfolgsmodell dar.“

Sein Kollege Professor Stephan Quensel vom Bremer Institut für Drogenforschung sagt:

„Schon die von Thomasius herausgegebene und betreute Ecstasy-Studie wies vor allem in dem von ihm betreu-ten Teilgebiet erhebliche methodische Mängel auf.“

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, Sie wissen, dass Sie hier keine lan-gen Zitate vorlesen dürfen. Letzter Satz!

Victor Perli (LINKE):

Letzter Satz:

„Es fällt auf, dass er mehrfach höchst überzogene und kaum zutreffende Aussagen zum Cannabis abgibt, bei denen er seine Praxiserfahrungen in einer wissenschaftlich unmöglichen Weise verallgemeinert.“

Meine Damen und Herren, auf solche Experten können wir verzichten.

(Beifall bei der LINKEN - Heinz Rolfes [CDU]: Wie kann man sich nur selber so in die Defensive bringen!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

**Meine Damen und Herren, Frau Tiemann möchte erwidern. Bitte schön!**

**Petra Tiemann (SPD):**

**Hier über die Kompetenz zu reden, halte ich für sehr zwiespältig. Ich möchte nicht wissen, wer von uns beiden mehr Kompetenz hat, über dieses Thema zu reden: Sie, Herr Perli, oder ich.**

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Oh! bei der CDU - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Das musste mal gesagt werden!)

- Das musste an dieser Stelle mal gesagt werden.

**Ich habe mich in dieser Frage nicht auf Herrn Pro-fessor Thomasius bezogen. Sie müssen auch ein bisschen in der amerikanischen Literatur unter-wegs sein. Da gibt es einen Gracing - ich gebe Ihnen gerne einmal die Quelle -, der die neueste und größte Untersuchung an dieser Stelle ange-führt hat. Er hat auch die neu erkannten Gefahren für die Synapsen, die mit diesen Stoffen verbun-den sind, herausgearbeitet. Vielleicht sollten Sie also, bevor Sie mit Tomaten werfen, erst einmal gucken, woher der Ketchup kommt.**

## II (Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, der nächste Redner ist Herr Riese von der FDP-Fraktion. Bitte!

Roland Riese (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns hier schon über Kompetenz in der Cannabisfrage ausgetauscht. Ich darf Ihnen offen bekennen: Ich habe keine persönliche Kompetenz durch eigene Erfahrung mit dem Thema,

(Ronald Schminke [SPD]: Wer sich verteidigt, klagt sich an!)

sondern nur dadurch, dass ich mich mit der Großen Anfrage, der Antwort der Landesregierung und ergänzendem Material intensiv beschäftigt habe.

Meine Damen und Herren, wir haben vor Kurzem den 50. Geburtstag der Beatles gefeiert. Der eine oder andere erinnert sich noch an Woodstock und die Zeiten, als der schöne Spruch „Legalize it!“ auf T-Shirts und Hauswänden zu lesen war. Mir scheint, der Kollege Perli wollte diese Zeiten hier in Erinnerung rufen.

Lieber Herr Kollege Perli, nach Ihrer Rede hier sind wir auf Ihre nachfolgenden parlamentarischen Initiativen außerordentlich gespannt.

Ich richte meinen Dank an die Landesregierung für die erneute, umfassende Darstellung der Präventionsmaßnahmen, die im Lande Niedersachsen ausgeführt werden.

(Beifall bei der CDU)

Im Gegensatz zur geschätzten Vorrednerin, Frau Tiemann, bin ich der Ansicht, dass die 7,2 Millionen Euro, die wir jährlich dafür verausgaben, gut angelegtes Geld sind, weil Prävention der wichtigste Bestandteil von Drogenpolitik ist.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Flauger?

Roland Riese (FDP):

Das möchte ich lieber nicht. Wir unterhalten uns nachher bei einer Tasse Kaffee.

(Oh! bei der CDU - Kreszentia Flauger [LINKE]: Das muss ich mir mal überlegen!)

Meine Damen und Herren, der Drogen sind viele. Es ist überwiegend Traditionen zu verdanken, welche Drogen legal und welche illegal sind. Über Rauchen und über Alkohol haben wir hier schon das eine oder andere gehört. Cannabisprodukte sind bis in die Gegenwart hinein illegal, zumindest in Niedersachsen.

Es gab einmal eine Zeit, nämlich ab 1896, als ein Medikament mit dem schönen Namen Diacetyl-morphin auf dem Markt war. Der eine oder andere kennt es vielleicht besser unter dem Namen Heroin. Es ist bis 1931 legal von Bayer produziert und verschrieben worden. Es galt bei Bayer als ein schmerzlinderndes Mittel. Nach Jahrzehnten der Kenntnis, dass dieses Medikament suchtfördernd ist, hat man das Produkt dann nicht mehr hergestellt und erst im Jahre 1971 endgültig verboten. Ich finde, das ist eine ganz interessante Konnotation zu der Frage, wie sich der Umgang mit Legalität und Illegalität im Zusammenhang mit Drogen im Laufe der Zeit ändern kann.

(Zustimmung bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Fachleute halten es für außerordentlich zweifelhaft, dass, wenn heute der Kaffee erfunden würde, er überhaupt zugelassen werden könnte angesichts der Vielfalt der Substanzen, die in ihm enthalten sind und die allerlei Auswirkungen auf den Metabolismus und zum Teil auch auf das Bewusstsein haben.

Beim Tabakrauch gestalten wir in den letzten Jahren einen rechtlichen Wandel. Dazu haben wir auch in Niedersachsen beigetragen. Der Wertewandel äußert sich auch in einem rechtlichen Wandel. Rauchen ist an vielen Stellen nicht mehr erlaubt. Erlaubt ist das Rauchen noch an den Pforten des Niedersächsischen Landtages.

Wenn Bürgerinnen und Bürger zu uns kommen, kommen sie erst einmal an den freundlichen Kolleginnen und Kollegen Rauchern vorbei. Das sind auch Aspekte, die sich im Wertewandel ergeben.

Verehrte Damen und Herren, unser Ziel bei unseren Maßnahmen im politischen Bereich sollte immer das Bild einer Gesellschaft der aufgeklärten Bürgerinnen und Bürger sein. Um das zu erreichen, ist in der Drogen- und Suchtpolitik ein dreifacher Ansatz vonnöten. Über Prävention habe ich schon ein wenig gesprochen. Therapie, wo nötig, ist der zweite Punkt und Repression, wo notwendig, der dritte Bestandteil dieses dreifachen Ansatzes in der Drogen- und Suchtpolitik.

Der Suchtmittelkonsum in Deutschland - darüber dürften wir uns, wie ich glaube, nicht uneins sein - führt zu einer großen Zahl vorzeitiger Sterbefälle, zu erheblichen Krankheitshäufungen, zu großem persönlichen Leid, zu sozialen Schäden und zu hohen Kosten für die Gesellschaft.

Information über legale und illegale Drogen und deren Gefahren, das ist die wichtigste politische Aufgabe, der sich das öffentliche Bildungswesen annimmt. Wir tun gut daran, dass wir einen kleinteiligen Gebrauch illegaler Drogen - sechs Gramm sind genannt worden - mitunter als Jugendsünde ansehen, nicht unnachsichtig verfolgen, gleichwohl aber das Illegalitätsprinzip aufrechterhalten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Perli, Sie haben das Wort zu einer Kurzintervention. Bitte schön!

(Ulf Thiele [CDU]: Ansgar, kommst du auch noch einmal dran?)

Victor Perli (LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Riese, ich habe mich beim Lesen der Antwort auf die Große Anfrage mehrfach gefragt, wo hier eigentlich die Linie der FDP erkennbar ist. Es ist ja bekannt, dass Sie in dieser Frage eine andere Auffassung als die CDU haben. Aber von einer liberalen Positionierung habe ich auch im Ansatz nichts lesen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Hammer bei der Nulltoleranzpolitik dieser Landesregierung aber ist, dass man sogar vorhat, Ihrem Bundesgesundheitsminister Rösler richtig ins Knie zu schießen.

(Uwe Schwarz [SPD]: Ist der denn noch im Amt? - Zuruf von der FDP: Was?)

Auf Seite 38 oben geht es um die Frage, ob man Verbesserungen bei Cannabis als Medikament auf der Bundesebene unterstützen wird. Das habe ich ganz bewusst gefragt, weil ich weiß, dass Herr Rösler da etwas vorhat: Artikel vom 17. Dezember 2009: „Haschisch auf Rezept! Gesundheitsminister Rösler: Zulassung als Medikament wird geprüft!“ Die Landesregierung antwortet auf Seite 38, das werde sie nicht unterstützen. Ich bin sehr gespannt, wer diesen Zweikampf Land Niedersachsen gegen FDP-Bundesminister Rösler gewinnen wird. Ich hoffe, dass Sie einmal ein bisschen Druck auf die Landesregierung ausüben werden, weil es so wirklich nicht mehr weitergehen kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege Riese, wenn Sie möchten, können Sie erwidern. Wenn nicht, rufe ich den nächsten Redner auf. - Das ist Herr Focke von der CDU-Fraktion. Bitte!

Ansgar-Bernhard Focke (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Perli! Sie scheinen ja über einen umfangreichen Erfahrungsschatz zu verfügen. Ich will vorweg sagen: Ich tue das nicht, und ich bin auch sehr glücklich,

dass ich darüber nicht verfüge. Ich lege meinen Schwerpunkt eher auf andere Dinge im Leben.

(Beifall bei der CDU - Kreszentia Flauger [LINKE]: Was soll das denn heißen?)

Zunächst darf ich im Namen der CDU-Fraktion der Ministerin und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums ganz herzlich für die Beantwortung der Großen Anfrage danken.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung beantwortet diese Anfrage umfangreich auf 78 Seiten. Das zeigt, wie wichtig ihr dieses Thema ist. Cannabiskonsum, Gesundheitsgefährdung und die politische Bewertung sind Schwerpunkte dieser Antwort.

Für eine Erkenntnis, die diese Antwort mit sich bringt, bin ich sehr dankbar: Sie räumt nämlich endlich mit den falschen Informationen zum Thema Cannabiskonsum auf, die insbesondere aus den 90er-Jahren stammen. Meine Damen und Herren, der Cannabiskonsum ist und bleibt eine Gefahr für die Gesundheit.

(Beifall bei der CDU)

Drogen jeglicher Art bergen Gefahren für den Konsumenten wie auch für unbeteiligte Dritte. Sicherlich sind Suchtmittel unterschiedlich gefährlich, aber eine Verharmlosung der Folgen des Konsums oder gar eine Rechtfertigung der Liberalisierung von Drogen durch mögliche höhere Steuereinnahmen, wie es die Linken fordern, ist verantwortungslos und abzulehnen.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Was ist jetzt mit Alkohol?)

- Frau Flauger, darauf komme ich gleich zu sprechen.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Sehr schön!)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Cannabis-pflanze enthält über 60 Cannabinoide, die zum Teil epilepsieähnliche Entladungen erzeugen. Davon gilt das Delta-Neun-Tetra-Hydro-Cannabinol - kurz THC - als die stärkste psychoaktive Substanz. Heute weiß man noch mehr als in den 90er-Jahren, dass dies gesundheitliche Schäden erzeugt. Neben den wissenschaftlich bestätigten Schäden wie Beeinträchtigung der Atemwege, der Lungenfunktion, Schwächung des Immunsystems und Beeinträchtigung der Reproduktionsfähigkeit kommen hinzu: Minderung des Gedächtnisses, psychische Störungen und die Begünstigung des Ausbruchs von Psychosen. Über die Risiken, die sich für andere und für einen selbst im Straßenverkehr ergeben, brauche ich, wie ich denke, nichts auszuführen.

Jetzt können Sie, meine Damen und Herren von den Linken, hier natürlich sagen - und Herr Perli hat es auch gesagt -, dass es vielleicht nicht schädlich ist, ab und zu mal einen durchzuziehen.

(Victor Perli [LINKE]: Das habe ich nicht gesagt, Herr Focke!)

Sehr geehrter Herr Perli, in Ihrer Freizeit können Sie ja machen, was Sie wollen. Aber meine Einstellung zu Suchtmitteln, die auch als Einstiegsdrogen für härtere Drogen wie Heroin gelten, ist eine andere.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Flauger?

Ansgar-Bernhard Focke (CDU):

Nein, danke, Frau Flauger kann eine Kurzintervention machen.

(Zuruf von der SPD: Sie können ja mit Ihr Kaffee trinken gehen!)

- Ja, ich würde das annehmen, sonst müssen Sie mit Herrn Riese noch im Fahrstuhl fahren.

Auch das ist wissenschaftlich durch entsprechende Studien belegt. Danach haben 95 % der Heroinabhängigen vor ihrer Heroinsucht Cannabis konsumiert. Ein Zusammenhang hiermit ist also unmit-telbar festzustellen, Herr Kollege Briese.

(Victor Perli [LINKE]: Doch was ist, wenn Alkohol konsumiert wird?)

Auch Ihr Vergleich mit dem Rauchen und mit dem Genuss von Alkohol hinkt. Über die Gefahren des Rauchens brauchen wir uns nicht zu streiten. Sie sind bewiesen. Wir brauchen auch nicht darüber zu diskutieren. Der Raucher schädigt sich selbst und im Zweifel auch Dritte. Aber dafür haben wir das niedersächsische Nichtraucherschutzgesetz auf den Weg gebracht: damit die unbeteiligten Dritten vor den Gefahren des Passivrauchens geschützt werden.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt allerdings einen erheblichen Unterschied zwischen Cannabis und Tabak. Das Rauchen einer Zigarette führt nicht zu einem Rauschzustand, wie er beim Konsum von Cannabis eintritt.

(Zuruf von der LINKEN: Was?)

Ich habe noch keinen Raucher getroffen, der nach einer Zigarette unter Halluzinationen oder anderen 9222

Niedersächsischer Landtag - 16. Wahlperiode - 73. Plenarsitzung am 9. Juni 2010

Sinnesstörungen leidet. Ich habe ebenfalls noch keine Studie gesehen, die selbst einen noch so starken Kettenraucher mit einer späteren Heroin-abhängigkeit in Verbindung setzt.

Auch beim Thema Alkohol versuchen Sie, einen Vergleich herzustellen, der nicht herstellbar ist. Unumstritten ist, dass der übermäßige Konsum von alkoholischen Getränken auf Dauer gesundheitsschädlich ist und schwere Folgen hat. Aber auch hier gibt es Unterschiede zum Cannabiskonsum. Alkoholische Getränke gibt es in unterschiedlichen Intensitäten. So gibt es leicht alkoholische Getränke wie Biere, so gibt es mittel- und hochalkoholische Getränke wie Weine und Spirituosen. Hier hat der Gesetzgeber schon lange Grenzen eingezogen, um gerade junge Menschen vor dem Konsum zu schützen. Wir werden morgen noch weiter über dieses Thema debattieren.

(Zuruf von der LINKEN)

Der entscheidende Unterschied zwischen dem Genuss eines alkoholischen Getränks und dem Zustand, der sich nach einem Cannabiskonsum einstellt, ist, dass der Konsument von alkoholischen Getränken die Chance hat, frühzeitig zu erkennen, wann es für ihn genug ist, dass er die Chance hat zu sagen: In mir entsteht ein Prozess, den ich jetzt stoppen kann, bevor es schlimmer wird.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Das merken viele aber nicht!)

Der Rauschzustand beim Cannabiskonsum hingegen - das können Sie jetzt leugnen - beginnt unmittelbar nach dem Konsum und kann mehrere Stunden andauern. Das bedeutet ganz klar: Ich kann nach dem ersten Konsum nicht mehr frei entscheiden, was mit mir passiert. Das ist ein signifikanter Unterschied zwischen dem Konsum von Alkohol und Cannabis.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, übermäßiger Alkohol- und Zigarettenkonsum ist gesundheitsschädlich. Es ist nicht nur Aufgabe der Politik, sondern es besteht eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung darin, diese Gefahren zu erkennen und entsprechend zu kommunizieren. Gerade bei jungen Menschen muss der Grundstein für eine gesunde und nachhaltige Lebenseinstellung frühzeitig gelegt werden. Aber wer illegale Drogen legal machen will und erhebliche Unterschiede und gesundheitliche Risiken ausblendet, der sollte seinen Sinneszustand überprüfen, bevor er so etwas fordert.

(Zuruf von den GRÜNEN: Na, na, na!)

Die Legel..., die Legela..., die Legelarisierung - - -

(Heiterkeit bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

- Wenn es so laut ist, dann ist es auch schwer, sich zu konzentrieren. - Die Legalisierung von Cannabis nennt die Linke moderne Drogenpolitik. Wir nennen das verantwortungslos.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, zu einer Kurzintervention hat sich der Kollege Humke-Focks gemeldet. Bitte schön!

Patrick-Marc Humke-Focks (LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Focke, zum Thema Ernsthaftigkeit komme ich gleich noch.

Es geht hier mitnichten darum - das hat Viktor Perli auch mit keinem Wort gesagt -, Erfahrungen mit den Drogen Alkohol oder Cannabis zum Besten zu geben. Das würde auch an der Ernsthaftigkeit des Themas und der Debatte vorbeiführen. Das hat er allen Ernstes nicht gesagt. Ihr Vorwurf ist zurück-zuweisen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Mit unserer Anfrage geht es uns darum, die Frage „Cannabiskonsum oder nicht?“ zu entdämonisieren. Gerade mit Blick auf den Umgang mit Alkohol in unserer Gesellschaft befinden wir uns in einer entsprechenden Verantwortung. Ich sage nur: Auf seiner Facebook-Seite lädt der Landesverband Oldenburg der Jungen Union zu einer „feucht-fröhlichen Kohlfahrt“, also zu Alkohol, ein. Dann gibt es ein Bild von der Jungen Union Hannover, der als Geschenk ein Fass Bier überreicht wird.

(Der Redner zeigt einen Zeitungsartikel)

Es gibt ein weiteres Bild - das ist Ihr Umgang mit Alkohol - von Ihnen mit dem Landesvorsitzenden der Jungen Union, auf dem Sie eine Flasche Korn in der Hand haben.

(Oh! bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Björn Thümler

[CDU]: Unglaublich! - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Das ist echt Blödsinn!)

Ich unterstelle Ihnen in keiner Weise, dass Sie verantwortungslos mit Alkohol umgehen. Wir aber wollen eine gleichberechtigte Diskussion zu diesem Thema; denn Alkohol ist auch eine Droge. Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis!

(Beifall bei der LINKEN - Glocke des Präsidenten)

- Letzter Satz. - In Niedersachsen geschehen 20-mal mehr Autounfälle unter Alkoholeinfluss als unter Drogen- oder Medikamenteneinfluss insgesamt. Cannabis wird in diesem Zusammenhang statistisch noch nicht einmal ausgewiesen. Wir brauchen eine ernsthafte Diskussion, und dazu dient diese Große Anfrage.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, Herr Focke möchte erwidern. Bitte!

Ansgar-Bernhard Focke (CDU):

Sehr geehrter Herr Kollege Humke-Focks, zunächst zu der Kohlfahrt: Sie gehört im Oldenburger Land zum Brauchtum.

(Lachen bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Und dadurch ist sie gesund? - Kreszentia Flauger [LINKE]: Und davon wird es besser?)

- Das ist so! - Wir passen dabei sehr verantwortungsvoll auf, wer dort Alkohol trinkt bzw. wer überhaupt Alkohol trinken darf. Das nennt man auch: als Erwachsener Verantwortung für Jüngere zu übernehmen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben sicherlich auch schon einmal einen Vortrag gehalten und als Dankeschön beispielsweise eine Flasche Wein überreicht bekommen.

Aber ich will Ihnen einmal etwas zum Thema Ernsthaftigkeit sagen: 2004 geriet die Linken-Landtagsabgeordnete Julia Bonk zum ersten Mal bundesweit in die Schlagzeilen, als sie die Freigabe von ihrer Ansicht nach „illegalisierten“ Drogen schon ab einer gestaffelten Altersuntergrenze von 14 Jahren verlangte. Dabei beschränkte sie ihre Forderung nicht nur auf Haschisch und Marihuana, sondern sie forderte, dass Jugendliche ab 14 Jahren auch Heroin straffrei bekommen. Und das aus Ihrer Partei!

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Das ist hier überhaupt nicht Thema!)

Ich lese weiter vor: 2001 verbreitete die PDS in Hessen Anleitungen an hessische Schüler, wie man am besten Haschkekse backt.

(Ulf Thiele [CDU]: Skandalös! - Glocke des Präsidenten)

Oder: 2005 plante die Jugendorganisation Solid eine Tour durch Sachsen mit dem Titel „Schöner leben mit Drogen“.

(Zurufe von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, letzter Satz!

Ansgar-Bernhard Focke (CDU):

Wenn Sie von Ernsthaftigkeit reden, dann sollten Sie auch ernsthaft bleiben und nicht solche Vergleiche heranziehen. Das ist falsch, und das ist verlogen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, der nächste Redner ist Herr Limburg von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Unruhe)

- Ich bitte darum, dass wir dem Redner jetzt zuhören.

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Der Kollege Riese hat gerade - im Wesentlichen vom Plenum unbemerkt - einen sehr interessanten Satz gesagt, der, denke ich, den Kern der gegenwärtigen Drogenpolitik in Niedersachsen verdeutlicht - und Herr Focke hat das im Prinzip gerade bestätigt -; deshalb will ich ihn gerne wiederholen. Die Frage, welche Drogen in einer Gesellschaft legal oder illegal sind, ist im Wesentlichen eine Frage der Tradition. Das heißt, wir haben in Deutschland und damit auch in Niedersach-

sen die Tradition, dass Tabak und Alkohol trotz der damit verbundenen vielfältigen Gesundheitsschäden allgemein anerkannt sind. Wir haben aber bislang offenbar in der Mehrheitsgesellschaft in Niedersachsen nicht die Tradition, dass Cannabis dazugehört. Wenn es aber im Wesentlichen die Tradition ist, die darüber bestimmt, meine Damen und Herren, dann sollten wir doch den Mut haben, anzuerkennen, dass sich Traditionen, Gesellschaften und Konsummuster auch verändern können

(Zustimmung bei der LINKEN)

und dass es faktisch bereits - das zeigen die Reaktionen hier im Hause auf die Frage nach den persönlichen Erfahrungen mit diesen Drogen - ein breites Spektrum an Personen gibt, die Erfahrungen mit Cannabis gemacht haben, ohne dauerhafte Gesundheitsschäden erlitten zu haben.

(Zustimmung von Miriam Staudte [GRÜNE])

Die Traditionen wandeln sich, und wir Grüne unterstützen ausdrücklich die Forderung der Linken nach einer Entkriminalisierung des Eigenkonsums von Cannabis. Das auch aus rechtlichen Erwägungen - das müssen wir uns klarmachen -: Der Eigenkonsum ist im Wesentlichen nur mit Schäden und Gefahren für die

konsumierende Person selbst verbunden. Wenn wir jemandem verbieten, Cannabis zu konsumieren, dann könnten wir diesem Menschen genauso gut verbieten, Motorrad zu fahren, weil das nachweislich mit einer erhöhten Gefährdung verbunden ist. Wir könnten dem Menschen auch verbieten, Fallschirm zu springen oder insgesamt gefahrgeneigte Hobbys auszuüben.

(Astrid Vockert [CDU]: Das sind Vergleiche!)

Meine Damen und Herren, ein liberaler Rechtsstaat, der wir sind, muss sich, wenn er Menschen Dinge verbietet, immer wieder fragen lassen: Welchem gesellschaftlichen Zweck dient das? - In der Drogenpolitik kann natürlich die Verminderung der Abgabe von Drogen gerade an Kinder und Jugendliche ein Aspekt sein. Da sind wir ganz an Ihrer Seite. Aber es sollten keine Strafverfahren gegen die Konsumenten eingeleitet werden - und das ist der Fall; das haben Sie in der Antwort auf die Große Anfrage und in Ihrer Rede bestätigt, Frau Ministerin Özkan. Es werden erst einmal Strafverfahren gegen die Konsumenten eingeleitet, weil man prüfen möchte, ob jemand mehrfach Cannabis konsumiert hat. Ich aber sage Ihnen: Auch wenn jemand mehrfach Cannabis konsumiert, steht es dem Rechtsstaat nicht zu, diesen Menschen dafür zu bestrafen, sondern er sollte Hilfe und Aufklärung anbieten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Die Gesundheitsschäden sind zu Recht angesprochen worden. Aber, meine Damen und Herren, ich verstehe die Aggression dabei nicht. Denn wenn Sie dem Kollegen Perli zugehört hätten, dann hätten Sie gehört, dass er die Gesundheitsschäden an keiner Stelle seiner Reden irgendwie verharmlost oder negiert hat. Natürlich hat er auch die Gesundheitsschäden angesprochen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Er hat aber auch zu Recht gesagt, dass wir im Zusammenhang mit Gesundheitsschäden eher über Hilfen als über Repressionen reden müssen. Herr Focke, Sie haben gerade, als Sie darüber gesprochen haben, dass Sie den 14-Jährigen, die Heroin konsumieren, mit dem Strafrecht kommen wollen, wieder deutlich gemacht, dass bei Ihnen der Schwerpunkt ganz offensichtlich auf Repressionen anstatt auf Hilfen und Hilfsangeboten liegt.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ein weiterer Aspekt: Sie haben in diesem Zusammenhang den Straßenverkehr angesprochen. Es ist doch völlig unbestritten: Cannabiskonsum im Straßenverkehr ist wie auch Alkohol- und Medikamentenmissbrauch eine große Gefahr.

Aber wenn wir über Drogen im Straßenverkehr reden, dann müssen wir doch auch darüber reden, dass in Deutschland die Promillegrenze im Straßenverkehr noch immer eine der höchsten in Europa ist, nämlich 0,5 Promille. Der Verkehrsgerichtstag in Goslar hat längst gefordert, diese Grenze auf 0,3 Promille abzusenken. Meine Damen und Herren von der Landesregierung, machen Sie sich diese Forderung zu eigen! Reduzieren Sie die Gefährlichkeit von Alkohol im Straßenverkehr!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ich kann leider nicht mehr auf alle Aspekte eingehen. Aber einen wichtigen Punkt möchte ich noch erwähnen, und zwar die medizinische Komponente von Cannabis - und da bin ich ganz bei Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler -: Wir müssen endlich anerkennen, dass Cannabis bei vielen 9225

Niedersächsischer Landtag - 16. Wahlperiode - 73. Plenarsitzung am 9. Juni 2010

Krankheiten ein ganz wichtiges Medikament sein kann. Es ist absolut unzumutbar, ein so bürokratisches Verfahren aufzubauen, wie es die Bundesregierung gegenwärtig macht. Es ist auch nicht hinnehmbar, dass die betroffenen Personen

ihre Cannabismedikamente selbst bezahlen müssen. Wir sollten auch für die Personen, die auf Canna-bis angewiesen sind, ein umfängliches medizinisches Angebot vorhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das würde auch viel Geld sparen!)

Zu guter Letzt noch ein Satz: Ein aktueller Fall aus Nordstemmen verdeutlicht, dass Ihr Schwerpunkt auf Repressionen liegt. Denn dort wurden tatsächlich Schülerinnen und Schüler im Unterricht zu Urinkontrollen gebeten, weil ihnen Cannabiskonsum nachgewiesen werden sollte. Das ist kein Umgang mit Augenmaß, das ist knallharte Repression, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, Herr Perli von der Fraktion DIE LINKE hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet, die FDP ebenfalls; Sie kommen gleich dran.

Victor Perli (LINKE):

Herr Präsident! Lieber Herr Limburg, ich bin Ihnen sehr dankbar für diesen Redebeitrag, weil Sie sehr viele wichtige Punkte noch einmal in Erinnerung gerufen haben. Ich möchte konkret zu drei Punkten, die Sie angesprochen haben, etwas sagen.

Erstens. Der Fall in der Schule in Nordstemmen ist beeindruckend. In der Antwort der Landesregierung heißt es, dass das Thema Cannabis in der Schule nicht behandelt wird. Aber Sie schicken, wenn ein Problem auftaucht, sofort eine Kolonne von der Polizei vorbei. Wäre es nicht viel klüger, das Problem Drogen und Drogenmissbrauch anzugehen, indem man aufklärt, über Wirkungen und Gefahren informiert

(Zustimmung von Pia-Beate Zimmermann [LINKE])

und damit verhindert, dass das Thema Drogen erst durch Polizeibesuch in der Schule in die Medien kommt?

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

Zweitens. Ich habe viele Zuschriften erhalten und möchte noch auf den Punkt eingehen, dass die 6-Gramm-Grenze ja dazu da wäre, um bei allem, was darunter liegt, die Verfahren einzustellen. Das Problem ist, dass unabhängig von dieser Einstellung bei Führerscheinbesitzern eine Prüfung erfolgt. Ich habe ein Schreiben bekommen, aus dem ich einmal zitieren darf.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, bevor Sie zitieren: Ich kann nicht erkennen, dass Sie in irgendeiner Form auf Herrn Limburg antworten.

Victor Perli (LINKE):

Herr Limburg hat zum Thema Straßenverkehr gesprochen. Dazu möchte ich jetzt noch etwas anschließen.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das möchte er bekräftigen!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Na, gut.

Victor Perli (LINKE):

Das Schreiben lautet:

„Ich wurde mit einer geringen Menge Cannabis erwischt, außerhalb meines Fahrzeugs und des Straßenverkehrs. Daraufhin verlor ich meinen Führerschein und deswegen auch meinen Arbeitsplatz, obwohl ich in 15 Jahren nie berauscht gefahren bin und auch niemals irgendjemandem geschadet habe. Nun liege ich dem Staat auf der Tasche, statt zu arbeiten und Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen. Wem nützt das? - Mir am allerwenigsten.“

Hier gibt es nach wie vor Handlungsbedarf.

Jetzt ein letzter Gedanke.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Nein, den Gedanken können Sie nicht mehr äußern. Die Zeit ist abgelaufen.

Victor Perli (LINKE):

Sie haben mich doch unterbrochen.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Ja, die Zeit habe ich Ihnen schon dazugegeben. Ich sage Ihnen noch einmal: Das nächste Mal würden ich diese Kurzintervention nicht zulassen, weil Sie nicht auf den Beitrag von Herrn Limburg eingegangen sind.

(Zustimmung bei der CDU)

Victor Perli (LINKE):

Ich habe zum Thema Nordstemmen und zum Straßenverkehr gesprochen, wie Herr Limburg.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, die nächste Kurzintervention kommt von Herrn Professor Zielke.

Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte in der Tat auf den Beitrag von Herrn Limburg, was die medizinische Qualität von Cannabis betrifft, eingehen. So sehr ich mich über die Antwort auf die Große Anfrage gefreut habe, die sehr ausführlich ist, so kann ich doch nur sagen: Auf die Fragen 24 und 25 sind die Antworten ausgesprochen dürftig, wenn es auf Frage 24 heißt: „Erkenntnisse aus den USA über den medizinischen Einsatz von Cannabis liegen der Landesregierung nicht vor“, und auf Frage 25 heißt: „Da Cannabis als Medikament nur in Ausnahmefällen sinnvoll ist ...“. Mein Gott, die meisten Medikamente sind nur in Ausnahmefällen sinnvoll, nämlich wenn sie angezeigt sind.

(Beifall bei der FDP, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Cannabis - das ist mittlerweile Stand der Wissenschaft - ist eines der wichtigen Medikamente bei terminal Kranken, bei kachektischen, bei sterbenden Patienten.

(Victor Perli [LINKE]: Sehr richtig!)

Da gibt es kaum ein besseres palliatives Mittel. Das muss man einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der FDP, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Jetzt bin ich gespannt, worauf Herr Limburg antwortet.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ich würde mir jetzt Perli greifen!)

Helge Limburg (GRÜNE):

Das steht mir ja, glaube ich, frei, Herr Präsident. - Ich würde gern auf den Beitrag von Herrn Professor Dr. Dr. Zielke noch näher eingehen.

Herr Professor Dr. Dr. Zielke - Entschuldigung, Sie haben so viele Titel, da kommt man schnell ins Stottern -

(Björn Thümler [CDU]: Nur drei!)

ich bin Ihnen sehr, sehr dankbar für diese Klarstellung in dem Bereich, auch aus persönlicher Betroffenheit in meinem Umfeld. Ich weiß, wie schwierig es für Personen, denen Cannabis tatsächlich schwierige Situationen sehr erleichtern würde, real ist, an Cannabis zu kommen. Dass diese Differenziertheit in die Gesundheitspolitik der Landesregierung und auch der Bundesregierung bislang noch keinen Eingang gefunden hat, finden wir Grüne in der Tat sehr bedauerlich und bedenklich. Insofern würde ich mich sehr freuen, Herr Professor Zielke, wenn Sie in der Richtung, wie Sie hier argumentiert haben, auch zukünftig hier auf Landesebene Politik machen. Sie haben die Grünen dabei an Ihrer Seite.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der FDP und bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich stelle fest, dass die Be-sprechung der Großen Anfrage damit abgeschlos-sen ist.